



Presseinformation

Nr. 26.248

27.08.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 58 – Lehrmittelfreiheit und Lehrmittelkosten in Schleswig-Holstein

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Malte Krüger**:

Die finanzielle Situation der Eltern darf keinen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder haben

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir über Lehr- und Lernmittelfreiheit sprechen, dann sprechen wir über eine ziemlich grundsätzliche Frage: Was muss Schule eigentlich bereitstellen, damit jedes Kind vernünftig lernen kann? Was können wir Eltern zumuten? Wann muss der Staat stärker Hilfestellungen geben?

Diese Frage beschäftigt diesen Landtag nicht zum ersten Mal. Und bevor mich meine Kolleg*innen wieder daran erinnern, sage ich es selbst: Meine Vorgängerin Anke Erdmann hat vor zehn Jahren in der Küstenkoalition mit einigen hier Anwesenden eine Untersuchung auf den Weg gebracht, auf die wir uns bis heute beziehen. Und das ist einerseits ein großes Kompliment für die damalige Arbeit, andererseits ist es schon bemerkenswert, dass wir im Jahr 2026 über die finanzielle Belastung von Familien diskutieren und unsere umfassendsten Zahlen aus dem Jahr 2016 stammen, aus einer Studie, die damals schon nicht repräsentativ war.

Damals gaben Eltern durchschnittlich knapp 1.000 Euro pro Kind und Schuljahr für schulbezogene Kosten aus. Darunter waren natürlich nicht nur Lernmittel, sondern beispielsweise auch Verpflegung, Betreuung und Nachhilfe. Für Verbrauchsmaterialien wie Hefte, Stifte oder Ordner waren es durchschnittlich 89 Euro, für Bücher weitere 50 Euro.

Schule hat sich seitdem verändert. Die Ausstattung hat sich verändert. Die Digitalisierung hat Schule verändert. Und natürlich haben sich auch Preise verändert.

Aber die Datengrundlage ist nur bedingt das Thema, über das wir sprechen sollten. Wir haben die politische Frage zu beantworten, was daraus folgt.

An dieser Stelle möchte ich an unsere Debatte aus dem Jahr 2023 erinnern. Damals habe ich gesagt, dass ich eine pauschale Finanzierung aller Lernmittel für alle Schüler*innen mit der Gießkanne nicht für die beste Lösung halte. Dazu stehe ich weiterhin. Denn wenn wir begrenzte finanzielle Mittel haben, dann möchte ich sie zuerst dort einsetzen, wo sie den größten Unterschied machen und wo das Geld zu mehr Gerechtigkeit führt. Hier hat das Perspektivschulprogramm einen echten Unterschied gemacht.

Denn es muss doch klar sein: Kein Kind darf morgens im Unterricht sitzen und womöglich schlechter lernen können, weil zu Hause das Geld für das notwendige Material fehlt.

Und deshalb finde ich einen Teil dieses Berichts besonders spannend. Die Erfahrungen der Wilhelm-Tanck-Schule in Neumünster und der Theodor-Storm-Schule in Kiel. Beide Schulen liegen in sozial herausfordernder Lage. Beide haben jeweils 16.000 Euro erhalten, um eine weitergehende Lernmittelfreiheit auszuprobieren: Hefte, Mappen, Bleistifte, Blöcke oder Tuschkästen. Und die Schulen haben zwei ziemlich unterschiedliche Modelle entwickelt.

An der Theodor-Storm-Schule wurden in den Klassen Ausleihstationen eingerichtet. Wenn Material fehlte, konnte es schnell und unkompliziert ausgegeben werden. An der Wilhelm-Tanck-Schule haben Schüler*innen sogar selbst einen Schulshop betrieben. Dort gab es mit dem „Tanck-Taler“ eine eigene Schulwährung. Alle Schüler*innen bekamen diese Taler. Wer besonderen Bedarf hatte, konnte zusätzliche bekommen. Das ist doch mal eine pfiffige Idee.

Denn damit wird ein Problem gelöst, das bei Unterstützungsleistungen immer wieder auftaucht: Kinder müssen nicht vor der ganzen Klasse erklären, warum ihre Eltern gerade kein Geld für einen neuen Tuschkasten haben. Die Hilfe ist da, sie ist niedrigschwellig und sie ist Teil des normalen Schulalltags.

Und jetzt kommt für mich der eigentlich interessante Punkt: Der Bedarf war offenbar geringer als erwartet. Die Mittel reichten länger als ursprünglich gedacht. An der Wilhelm-Tanck-Schule haben sie durch den selbst organisierten Schulshop zusätzlich Verantwortung übernommen und Selbstwirksamkeit erfahren.

Das sollten wir uns genauer anschauen. Denn ehrlich gesagt endet der Bericht für mich genau dort, wo es richtig interessant wird. Ich hätte da ein paar Fragen: Wie viele Schüler*innen haben die Angebote tatsächlich genutzt? Wie viel von den 16.000 Euro wurde gebraucht? Hat sich dadurch etwas im Unterricht verändert? Mussten Lehrkräfte seltener fehlendem Material hinterherlaufen?

Ich finde, darüber sollten wir im Bildungsausschuss noch einmal sprechen. Ich würde mir wünschen, dass wir dort auch die Erfahrungen der beteiligten Schulen selbst hören. Denn vielleicht liegt die richtige Antwort eben nicht in der Alternative: Entweder Eltern bezahlen alles selbst oder der Staat bezahlt alles für alle. Vielleicht können wir viel gezielter dafür sorgen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, pragmatisch zu handeln.

Eine Schule weiß ziemlich genau, welches Kind morgens zum dritten Mal ohne Heft kommt. Sie weiß, wo Materialien fehlen. Und sie weiß häufig auch, wie Unterstützung organisiert werden kann, ohne Kinder bloßzustellen. Genau deshalb finde ich den Ansatz der beiden Schulen so interessant. Denn am Ende geht es bei dieser Debatte um Bildungsgerechtigkeit. Es geht darum, dass die finanzielle Situation der Eltern möglichst wenig darüber entscheidet, welche Chancen ein Kind in unserem Bildungssystem hat. Da haben wir in Deutschland und Schleswig-Holstein noch einiges zu tun. Der Bericht zeigt uns aber auch: Es gibt gute Ideen an unseren Schulen. Schauen wir sie uns genauer an und lernen wir daraus.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de